

Bundesnetzagentur
 Beschlusskammer 9
 Herrn Thorsten Dickopp
 Tulpenfeld 4
 53113 Bonn

Vorab per Telefax: 0228 – 14 8872

Ihr Schreiben vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Datum
09.03.2016	BK9-13/607	2016/0235/ DT	15.04.2016

Festlegung hinsichtlich Vorgaben zur Durchführung einer sachgerechten (horizontalen) Kostenwälzung zwischen Fernleitungsnetzbetreibern sowie einer sachgerechten Aufteilung der Kosten auf Ein- und Ausspeiseentgelte

Hier: Anhörung gemäß § 67 Abs. 1 EnWG zum 2. Festlegungs-entwurf

Sehr geehrter Herr Fuß, sehr geehrter Herr Dickopp,

in der oben genannten Angelegenheit möchten wir hiermit gemäß der uns mit Schreiben vom 09. März 2016 zugegangenen Aufforderung zum 2. Festlegungsentwurf Stellung nehmen. Die folgende Stellungnahme erfolgt gemeinsam im Namen der Fluxys Deutschland GmbH sowie der Fluxys TENP GmbH.

Fluxys TENP GmbH
 Telefon +49 211 42 09 09 0
 Fax +49 211 42 09 09 11
 HRB Düsseldorf 60917

Fluxys Deutschland GmbH
 Telefon +49 211 23 09 45 01
 Fax +49 211 23 09 45 09
 HRB Düsseldorf 68736

Elisabethstr. 11
 D - 40217 Düsseldorf
 www.fluxys.com

Um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bereinigte Fassung.

Mit Schreiben vom 01. September 2015 hatten Sie uns eine zum letzten Festlegungsentwurf ergänzende Kalkulationsmethodik zugesandt. Zum letzten Festlegungsentwurf haben wir mit Schreiben vom 19.05.2015 Stellung genommen. Mit Schreiben vom 27.10.2015 haben wir gesondert zur Kalkulationsmethodik Stellung genommen.

Zudem möchten wir auf unser Schreiben vom 25.10.2013 verweisen, in dem wir zu den durch Sie am 29.08.2013 vorgestellten Überlegungen für eine horizontale Kostenwälzung Stellung genommen haben.

Aus unserer Sicht widerspricht der jetzt vorgelegte Entwurf den bisher durch die Beschlusskammer vertretenen Überzeugungen und beinhaltet keinen sachgerechten Wälzungsmechanismus.

Wir möchten betonen, dass wir es grundsätzlich für sachgerecht halten, eine Kostenwälzung in Richtung der Leistungserbringung dort einzuführen, wo durch einen strömungsmechanisch vorgelagerten Netzbetreiber eine gaswirtschaftliche Leistung für einen strömungsmechanisch nachgelagerten Netzbetreiber erbracht wird. Das klassische Beispiel für eine solche Leistungserbringung sind zwischen Fernleitungsnetzbetreibern vereinbarte feste Austauschleistungen analog zu den internen Bestellungen von Verteilnetzbetreibern.

Dies spiegelt sich im 2. Festlegungsentwurf jedoch nicht wider. Vielmehr ist die dort dargestellte Methodik einer horizontalen Kostenwälzung unter Verwendung eines unterschiedslos für alle Einspeisepunkte im Marktgebiet gültigen Einheitstarifes nicht sachgerecht. Das vorgeschlagene Vorgehen sozialisiert Kosten, bevorteilt „teure“ Fernleitungsnetzbetreiber mit ineffizienten Kostenstrukturen und beseitigt auf der Einspeiseseite den schützenswerten Restwettbewerb zwischen den Fernleitungsnetzbetreibern.

Im Einzelnen ist der Festlegungsentwurf aus den folgenden Gründen abzulehnen:

1. Fehlende Ermächtigungsgrundlage der BNetzA

Der unter Tenor zu 3. des 2. Festlegungsentwurfs dargestellte Wälzungsmechanismus stellt zunächst einen derart schwerwiegenden Einschnitt in das heutige Regulierungsregime dar, dass die damit einhergehende Anpassung der Entgeltregulierung nicht von der BNetzA im Wege der Festlegung vorgenommen werden darf. Es fehlt insofern bereits an einer Ermächtigungsgrundlage der BNetzA.

Die Regelung unter Tenor zu 3. gibt *de facto* die Einführung eines Einheitstarifs vor, wobei diejenigen Fernleitungsbetreiber, die hierdurch höhere Tarife anwenden müssen als bisher, die Mehreinnahmen an die "teuren" Fernleitungsnetzbetreiber abführen sollen.

Sie führen im 2. Festlegungsentwurf aus, dass die entsprechenden Festlegungen gemäß des Tenors zu 3. durch die BNetzA von der Ermächtigungsgrundlage gemäß § 20 Abs. 1 b Satz 5 und Satz 6 i.V.m. § 30 Abs. 2 Nr. 10 GasNEV gedeckt seien. Dies ist nicht zutreffend.

§ 20 Abs. 1 b Satz 5 und Satz 6 lauten wie folgt:

"Alle Betreiber von Gasversorgungsnetzen sind verpflichtet, untereinander in dem Ausmaß verbindlich zusammenzuarbeiten, das erforderlich ist, damit der Transportkunde zur Abwicklung eines Transports auch über mehrere, durch Netzkopplungspunkte miteinander verbundene Netze nur einen Einspeise- und einen Ausspeisevertrag abschließen muss, es sei denn, diese Zusammenarbeit ist technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar. Sie sind zu dem in Satz 5 genannten Zweck verpflichtet, bei der Berechnung und dem Angebot von Kapazitäten, der Erbringung von Systemdienstleistungen und der Kosten- oder Entgeltwälzung eng zusammenzuarbeiten."

§ 30 Abs. 2 Nr. 10 GasNEV lautet:

"Die Regulierungsbehörde kann ferner Festlegungen treffen zur Gewährleistung [...] einer sachgerechten Durchführung der Kosten- oder Entgeltwälzung."

Soweit die vorstehenden Regelungen sich auf eine Kosten- oder Entgeltwälzung beziehen, kann diesbezüglich grundsätzlich nur die vertikale Kostenwälzung gemeint sein, wie sie im EnWG bzw. in den

auf Basis des EnWG ergangenen Rechtsverordnungen bereits angelegt ist oder zumindest vorausgesetzt wird. In keinem Fall kann jedoch unterstellt werden, dass der Gesetzgeber die BNetzA dazu ermächtigen wollte, eigenmächtig eine horizontale Entgeltwälzung einzuführen, welche *de facto* einen Einheitstarif einführt.

2. Einheitstarif / horizontale Kostenwälzung gemäß den Vorgaben des Tenors zu 3. zur Zweckerreichung weder geeignet noch erforderlich

Die Vorgabe eines einspeiseseitigen Einheitstarifs und die damit einhergehende horizontale Kostenwälzung gemäß den Vorgaben des Tenors zu 3. des vorgelegten Festlegungsentwurfs ist zur Erreichung des mit der Festlegung offensichtlich verfolgten Zwecks weder geeignet noch erforderlich.

Die BNetzA bringt in der Begründung des vorgelegten Festlegungsentwurfs an diversen Stellen zum Ausdruck, dass der mit Tenor zu 2. und Tenor zu 3. verfolgte Zweck letztlich die Verhinderung einer nicht sachgerechten Allokation von Netzkosten zur Ausspeiseseite durch die Fernleitungsnetzbetreiber und damit eine unangemessen hohe Bepreisung sogenannter "gefangener Kunden" auf der Ausspeiseseite sei.

Zum einen sind für die entsprechende Bepreisung auf der Ausspeiseseite die Anordnungen unter Tenor zu 3. jedoch völlig irrelevant, weil die dortigen Anordnungen allein einen einspeiseseitigen Einheitstarif nebst entsprechender horizontaler Kostenwälzung betreffen. Die insofern verfolgte Zielsetzung wird mithin allein und völlig hinreichend bereits mit den Vorgaben zur Kostenallokation gemäß Tenor zu 2. erreicht.

Der Tenor zu 3. könnte mithin sogar vollständig gelöscht werden. Ein diesbezüglicher Mehrwert durch die Vorgaben des Tenors zu 3. ist nicht erkennbar.

Zum anderen belegt die BNetzA inhaltlich in keiner Weise, warum die Allokation von Netzkosten zur Ausspeiseseite im derzeitigen Umfang nicht sachgerecht sein soll bzw. warum gerade die von der BNetzA vorgesehene auf Planungsgrößen basierende Kapazitätsgewichtung sachgerecht sein soll. Insoweit handelt es sich im Ergebnis vielmehr lediglich um unsubstantiierte Behauptungen der BNetzA.

3. Einheitstarif / horizontale Kostenwälzung gemäß den Vorgaben des Tenors zu 3. nicht verhältnismäßig im engeren Sinne

Die Vorgabe eines einspeiseseitigen Einheitstarifs und die damit einhergehende horizontale Kostenwälzung gemäß den Vorgaben des Tenors zu 3. des 2. Festlegungsentwurfs stellt zudem einen Eingriff in die Berufsfreiheit und Eigentumsfreiheit der Fernleitungsnetzbetreiber dar.

Es ist freilich anerkannt, dass ein solcher Eingriff im Rahmen der Netzzugangs- bzw. Netzentgeltregulierung in Anbetracht des öffentlichen Interesses an einer Liberalisierung der Energiewirtschaft gerechtfertigt sein kann. Dies kann jedoch nur dann gelten, wenn der Eingriff auch im engeren Sinne verhältnismäßig ist. Dies ist vorliegend zu verneinen, da es zur Erreichung des Ziels eines liberalisierten Gasmarkts in keiner Weise erforderlich erscheint, dass kosteneffizient arbeitende Netzbetreiber zum Zwecke der Tarifvereinheitlichung weniger kosteneffizient arbeitende Netzbetreiber letztlich "quersubventionieren" müssen.

4. Verstoß gegen Vorgaben der FernleitungsVO 715/2009 und Beseitigung des Wettbewerbs zwischen Fernleitungsnetzbetreibern auf der Einspeiseseite

Unseres Erachtens verstößt die in der geplanten Festlegung dargelegte Tarifierungsmethodik im Ergebnis gegen die Anforderungen des Artikels 13 der Verordnung (EG) Nr. 715/2009, da gemäß dieser die Tarife die Ist-Kosten widerspiegeln müssen, die Tarifberechnung nicht-diskriminierend sein muss und Quersubventionen zwischen den Netznutzern vermieden werden müssen.

Bei den Vorgaben zur Gestaltung der Tarife aus Artikel 13 ist hinsichtlich der Ist-Kosten davon auszugehen, dass die Ist-Kosten des einzelnen Fernleitungsnetzbetreibers gemeint sind.

Wie im Folgenden weiter ausgeführt wird, spiegelt der einheitliche auf Prognosen basierende Einspeisetarif jedoch gerade nicht mehr die Ist-Kosten des einzelnen Fernleitungsnetzbetreibers wider. Stattdessen handelt es sich um die durchschnittlichen Kosten für die prognostizierte Einspeiseleistung im Marktgebiet, unabhängig von den tatsächlichen Ist-Kosten an den jeweiligen Punkten bzw. des

jeweiligen Netzbetreibers. Kostenunterschiede durch Netzalter, Netztopologie und Auslastung sowie unterschiedliche Effizienz der Netzbetreiber werden über alle Einspeisepunkte und Netznutzer verteilt.

Weiterhin wird gemäß der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 dem Leitungswettbewerb ein hoher Stellenwert auch bei der Tarifierung eingeräumt. Erwägungsgrund 8 schreibt bei vorliegendem Leitungswettbewerb explizit Tarifvergleiche als ergänzende Tarifsetzungsmethode vor. Die Neutralisierung des Wettbewerbs auf der Leitungsebene ist daher ausdrücklich nicht Ziel der Verordnung. Maßnahmen, die den vorhandenen Leitungswettbewerb einschränken, sind daher als Verstoß gegen die Maßgabe zur Verwendung von Ist-Kosten zu einzuordnen.

Da die von der BNetzA angestrebte Methodik zur horizontalen Kostenwälzung jedoch durch die Vorgabe eines einheitlichen Einspeisetarifs den Leitungswettbewerb auf der Einspeiseseite beseitigt und zudem mit hoher Wahrscheinlichkeit schädliche Auswirkungen für den verbleibenden Wettbewerb auf der Ausspeiseseite (MüPs/GüPs) haben könnte, ist die vorgelegte Festlegung als nicht rechtskonform mit den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 zu betrachten und somit abzulehnen.

Bei Betrachtung der durch die BNetzA vorgelegten Berechnungen zum voraussichtlichen Einspeisetarif im Marktgebiet NCG und unter Einbezug der historischen Kapazitätsgerüste der Netzbetreiber wird offensichtlich, dass insbesondere die beiden Netzbetreiber GRTgaz Deutschland und Fluxys TENP, die zu einem großen Anteil Transitströme in ihren Netzen zu verzeichnen haben, zu den größten Nettozahlern im Marktgebiet gehören werden. Eine Umverteilung von Kosten im Marktgebiet zu Lasten dieser beiden Netzbetreiber führt mithin zu einer stärkeren Belastung von transitierenden Transportkunden und damit zu einer Diskriminierung dieser Kunden sowie zu einer Quersubventionierung anderer Transportkunden zu Lasten von Transitflüssen.

Zusammen mit Marktraumumstellungs- und Konvertierungsumlage, zwei Umlagen die zur Finanzierung eher nationaler Aufgaben dienen, aber unterschiedslos auch von international tätigen Transportkunden bzw. Gastransiteuren entrichtet werden müssen, führt das vorgelegte System der horizontalen Kostenwälzung zu einer weiteren Belastung

der vorgenannten Kunden zugunsten deutscher Verbraucher. Damit widerspricht das System der horizontalen Kostenwälzung dem auch beim derzeit in der Komitologie befindlichen Network Code Tariffs verfolgten Ziel, die hohe Bepreisung von Gastransiten zugunsten von nationalen Endkunden zu beenden.

5. Festlegungsentwurf verstößt gegen das Kartellverbot

Durch den jetzt vorgelegten Festlegungsentwurf werden die Fernleitungsnetzbetreiber eines Marktgebietes auf der Einspeiseseite zur Anwendung einer einheitlichen Kostenverteilungsmethode verpflichtet. Damit würde die BNetzA das Kartellverbot aus Artikel 101 Abs. 1 AEUV verletzen sowie gegen § 1 GWB verstoßen, da die Zusammenarbeit von Wettbewerbern bei der Preisermittlung kartellrechtlich unzulässig ist. Der Europäische Gerichtshof hat in mehreren Urteilen festgestellt, dass neben der direkten Bindung von Unternehmen an das Kartellverbot aus Artikel 101 AEUV auch eine indirekte Bindung der Mitgliedsstaaten an das Kartellverbot bestehe.

Die BNetzA würde durch die geplante Festlegung ein Verhalten der Fernleitungsnetzbetreiber anordnen, dass bei freiwilliger Vereinbarung der Unternehmen untereinander als Verstoß gegen das Kartellverbot zu werten wäre. Eines der zentralen Ziele der Europäischen Union ist nach Artikel 3 Abs. 3 EUV die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes auf Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Hierbei kommt dem Schutz und der Förderung des Wettbewerbs eine zentrale Rolle zu. Soweit Energienetze als natürliche Monopole einzustufen sind und daher auf dieser Wertschöpfungsstufe ein Wettbewerb nicht stattfindet, tritt an die Stelle des Wettbewerbs die Regulierung. Diese ist allerdings nur dort notwendig und sachlich gerechtfertigt, wo tatsächlich kein Wettbewerb herrscht. Stehen jedoch bezogen auf die Fernleitungsnetze unterschiedliche Leitungen bzw. Einspeisepunkte im Wettbewerb zueinander, ist es nicht Ziel der Regulierung, Wettbewerb dort zu beseitigen. Dies widerspräche der Gundintention der Artikel 101 ff. AEUV. Das Bestehen eines Wettbewerbsverhältnisses wird im Übrigen auch von der BNetzA im vorgelegten Festlegungsentwurf nicht in Frage gestellt.

Die Einführung eines marktgebietseinheitlichen Einspeisetarifs würde den aktuell bestehenden Restwettbewerb zwischen den

Fernleitungsnetzbetreibern an den Einspeisepunkten beseitigen. Das im jetzigen Festlegungsentwurf vorgetragene Argument, dass auf der Ausspeiseite nach wie vor eine selbstständige Entgeltbildung erfolgt und hierdurch die Eigenverantwortung der Fernleitungsnetzbetreiber erhalten bleibe, kann den wegfallenden Wettbewerb auf der Einspeiseite nicht kompensieren.

6. Zahlungsrichtung entspricht nicht der Leistungsrichtung sondern ist durch Höhe der unterschiedlichen Transportkosten determiniert

Die Begründung des Festlegungsentwurfs stellt die Bepreisung der marktgebietsinternen Kapazitätsüberlassung zwischen Fernleitungsnetzbetreibern in den Mittelpunkt. Genau diese Bepreisung der an Netzkopplungspunkten innerhalb des Marktgebietes zur Verfügung gestellten Kapazität findet gemäß dem jetzigen Festlegungsentwurf jedoch nicht statt, obwohl dies das eigentliche Ziel war, mit dem die Beschlusskammer bei Verfahrenseinleitung angetreten ist. Tatsächlich entscheidet bei Anwendung des von der Beschlusskammer jetzt vorgelegten Wälzungsmechanismus die Höhe der spezifischen Transportkosten eines Fernleitungsnetzbetreibers im Vergleich zu den spezifischen Transportkosten der anderen Fernleitungsnetzbetreiber im Marktgebiet über die Höhe und Richtung der zu leistenden Transferzahlungen. Da die Höhe der spezifischen Transportkosten jedoch auch maßgeblich vom Alter des Anlagenbestandes, der Effizienz des Netzbetreibers sowie der eigentlichen Transportaufgabe des Netzbetreibers abhängt, kann es in keinem Fall sach- und verursachungsgerecht sein, die Höhe der spezifischen Transportkosten der Netzbetreiber zum bestimmenden Faktor für Höhe und Richtung der Wälzungszahlungen zu machen.

Es ist daher aus unserer Sicht zur Erzielung eines sachgerechten Ergebnisses bei der etwaigen Einführung einer horizontalen Kostenwälzung zwingend erforderlich, dass die Beschlusskammer ein Regelungsregime definiert, in dem die tatsächliche Leistungserbringung zwischen den Netzbetreiber identifiziert, quantifiziert und bepreist wird.

_____ Wie

Wie bereits im bisherigen Konsultationsverfahren mehrfach geäußert, ist es aus unserer Sicht daher auch begrüßenswert, wenn im Sinne einer verursachungs- und sachgerechten Kostenverteilung tatsächliche gaswirtschaftliche Leistungen bepreist werden. In dem von der Beschlusskammer aktuell vorgelegten System ist dies jedoch nicht der Fall. Im Gegenteil, nach unseren bisherigen Berechnungsergebnisse ergeben sich sogar Zahlungen an strömungsmechanisch nachgelagerte Netzbetreiber, denen eine Überspeiseleistung gewährt wird, obwohl bislang hierfür keine Kosten geltend gemacht werden können, was auch richtig erscheint, da diese Überspeiseleistung keinen erkennbaren Nutzen für die Fluxys TENP hat.

7. Auswirkungen sind in ihrer Höhe nicht zumutbar

Für die Fluxys TENP ist der vorgeschlagene Wälzungsmechanismus als unzumutbar zu bezeichnen. Anders als auf Seite 28 des Beschlussentwurfes suggeriert, handelt es sich keinesfalls um einen geringen und vertretbaren Eingriff. Es mag zwar sein, dass bezogen auf das Marktbiet NCG nur ca. 6% der kumulierten zulässigen Erlöse aller FNB in die Wälzung einbezogen werden. Auf Basis der historischen Kapazitätsbuchungen gerechnet, beträgt der Anteil des Wälzungsbetrags an der Erlösobergrenze der Fluxys TENP jedoch [REDACTED] [REDACTED]. Anders ausgedrückt: [REDACTED] [REDACTED] des gesamten Wälzungsbetrages im NCG-Marktgebiet müssten von einem Fernleitungsnetzbetreiber aufgebracht werden, der [REDACTED] [REDACTED] der Entry-Kapazität vermarktet. Angesichts des von der Beschlusskammer bei der Konsultationsveranstaltung am 04. April 2016 vorgelegten erwarteten Einspeiseentgeltes für das Marktgebiet NCG in Höhe von 3,08 EUR/kWh/h/a bedeutet dies für die Transportkunden der Fluxys TENP ein um ca. 100% erhöhtes Einspeiseentgelt. Dies ist aus Transportkundensicht ganz sicher nicht als vertret- oder zumutbar zu bezeichnen.

Daher kann das vorgeschlagene System der horizontalen Kostenwälzung aus Sicht der Fluxys TENP keinesfalls als vertret- und zumutbar bezeichnet werden. Dabei hilft auch nicht der Verweis der Beschlusskammer, dass die Schwestergesellschaft Fluxys Deutschland im Marktgebiet Gaspool voraussichtlich zu den Netto-Zahlungsempfängern gehören wird. Auch wenn beide Fernleitungsnetzbetreiber zur Fluxys-Gruppe gehören, so können doch Kosten nicht zwischen den beiden Fernleitungsnetzbetreibern zugunsten einer Glättung der HoKoWä-Effekte verschoben werden.

8. Benachteiligung grenzüberschreitender Transporte

Die Fluxys TENP ist aus Gründen der Versorgungssicherheit in Italien und der Schweiz durch Transitflüsse von der deutsch-niederländischen Grenze zur deutsch-schweizerischen Grenze geprägt. Fluxys TENP verfügt derzeit nicht über eigene interne Bestellpunkte entlang der TENP, an denen Gas an nachgelagerte Verteilnetzbetreiber übergeben wird. Eine diskriminierende Allokation von Kosten auf „gefangene Kunden“, wie durch die Beschlusskammer anscheinend bei anderen Fernleitungsnetzbetreibern beobachtet, kann daher bei der Fluxys TENP überhaupt nicht stattfinden. Bei Betrachtung der Entry- und Exit-Nominierungen an den Grenzübergangspunkten der Fluxys TENP wird zudem deutlich, dass Einspeisungen und Ausspeisungen weitgehend ausgeglichen sind. Im Mittel ergibt sich ein Fluss zum/vom virtuellen Handelspunkt in Höhe von [REDACTED] bei einer Einspeiseleistung zum virtuellen Handelspunkt in Höhe von 10 GWh/h (2,5 GWh/h FZK und 7,5 GWh/h bFZK in Bochholtz) sowie einer Ausspeiseleistung von 9,8 GWh/h FZK in Wallbach.

Das Kapazitätsprodukt BZK der Fluxys TENP lässt den Zugang zum Marktgebiet NCG zwar grundsätzlich zumindest auf unterbrechbarer Basis zu, dabei ist jedoch festzuhalten, dass zur Gewährung dieses unterbrechbaren Zugangs in der Regel gerade kein Netzausbau bei benachbarten Netzbetreibern erfolgt ist. Sofern also auch hinsichtlich dieser Kapazitäten bzw. des hier enthaltenen Zugangs zum virtuellen Handelspunkt die Notwendigkeit einer horizontalen Kostenwälzung vorgetragen wird, ist festzustellen, dass die hier entstehenden Kosten

allenfalls den kurzfristigen Grenzkosten dieses Zugangs (z.B. Treibenergie) entsprechen dürften.

Die bereits beschriebene Problematik, dass die beabsichtigte Festlegung den Transit verteuert – zu Lasten der Zielländer dieses Transits – ließe sich dadurch vermindern, dass die klassischerweise für Gastransite verwendeten Produkte BZK und DZK vom HoKoWä-Mechanismus ausgenommen werden. Sollte die Beschlusskammer also - trotz der vorgetragenen Zweifel an der grundsätzlichen Rechtmäßigkeit - an der Festlegung festhalten wollen, so fordern wir hiermit in aller Deutlichkeit, zumindest die Transitströme bzw. die diesen zugrundeliegenden Kapazitätsprodukte im Rahmen des Wälzungsmechanismus unberücksichtigt zu lassen.

9. Deutliche Verringerung von Effizienzanreizen

Die anteilige Verteilung der Kosten für Neuinvestitionen im Marktgebiet birgt die Gefahr überdimensionierter und falsch angesetzter Netzausbauten sowie überhöhter Betriebskosten und führt damit zu einer deutlichen Minderung der Eigenverantwortung des einzelnen Fernleitungsnetzbetreibers. Durch die Sozialisierung der anteiligen Kosten auf der Einspeiseseite werden die vorhandenen Anreize für Kostensenkungen ohne Not deutlich geschwächt. Bei Netzausbauten kann sich der ausbauende Fernleitungsnetzbetreiber sicher sein, die Kosten zumindest anteilig – unabhängig vom tatsächlichen Zweck der Investition – über alle Transportkunden im Marktgebiet verteilen zu können. Hierdurch werden volkswirtschaftlich unsinnige Betriebskosten sowie ineffiziente aber einzelwirtschaftlich gewinnsteigernde Investitionsentscheidungen befördert. Diese Argumente führt die Beschlusskammer selbst an, um damit der Forderung nach Einführung eines einheitlichen Tarifs auch auf der Ausspeiseseite zu recht eine Absage zu erteilen. Gleichwohl gelten diese Argumente unseres Erachtens in identischer Weise auch für die Einführung eines einheitlichen Einspeiseentgeltes.

10. Substantielle Beeinflussung der Gasmärkte sowie Rückwirkungen auf Kapazitätsbuchungen – ohne Durchführung eines Regulatory Impact Assessment

Ziel des Festlegungsentwurfes ist, innerdeutsche Ausspeiseseite finanziell zu entlasten und Kosten auf die Einspeiseseite des

Marktgebietes zu verlagern. Dadurch steigen – in der Situation von relativ preiselastischer Nachfrage an den Einspeisepunkten – die Einspeisetarife grundsätzlich an. Dies führt zu einer geringeren Auslastung der Einspeiseleistung durch Transit und damit zu einem geringeren Deckungsbeitrag der Transporte an der Erlösobergrenze des Marktgebietes; längerfristig werden die innerdeutschen Ausspeisetarife dadurch wieder steigen.

Ein weiteres Ziel des Festlegungsentwurfes sind identische Einspeisetarife je Marktgebiet. Dies führt dazu, dass die bestehenden langfristigen vertraglich Gaspositionen der inländischen Produzenten, der ausländischen Lieferanten/Supplier (Norwegen, Russland, Niederlande) und/oder der Händler grundsätzlich neu bewertet werden.

Diese höheren und zugleich identische Einspeisetarife führen zu einer Veränderung der Deltas (Spreads) zwischen den europäischen Gasgroßhandelspreisen und damit – in einer Situation, in der kurzfristige Buchungen eine bereits sehr hohe und weiter wachsende Bedeutung haben – zu veränderten kurzfristigen Handelsmöglichkeiten (Arbitrage) zwischen TTF und NCG einerseits sowie NCG und PSV andererseits. Wie sich dies auf die kurzfristigen Kapazitätsbuchungen des Marktgebietes in Summe und für die einzelnen Fernleitungsnetzbetreiber auswirkt, ist derzeit noch vollkommen offen.

Aus unserer Sicht ist ein Regulatory Impact Assessment (inklusive einer Kosten-Nutzen-Analyse für alle Marktakteure) der Bundesnetzagentur zwingend erforderlich, um die Sachgerechtigkeit und damit letztlich auch die Rechtmäßigkeit der Festlegung beurteilen zu können. Dabei sollte auf Grundlage der der Beschlusskammer bereits vorliegenden Daten bzw. ggf. unter Rückgriff auf einen externen Gutachter dargelegt werden, wie die Auswirkungen der geplanten Festlegung auf Kapazitätsbuchungen, Gasströme und -transportwege sowie insbesondere auf die Gasmärkte eingeschätzt werden. Dass dies bisher nicht umfänglich geschehen ist, halten wir für bedauerlich. Ohne eine solche, eigentlich übliche Folgenabschätzung mit der Festlegung

fortzufahren und damit Fernleitungsnetzbetreiber, Transportkunden und nicht zuletzt Endverbraucher dem Risiko unerwünschter Nebeneffekte einer möglicherweise noch nicht vollständig ausgereiften Tarifierungs- und Wälzungsmethodik zu machen, ist aus unserer Sicht nicht zufriedenstellend.

11. Festlegung erhöht Volatilität des Regulierungssystems und der Tarife

In kurzer Folge nach Umsetzung der BEATE-Festlegung verursacht das aktuelle Festlegungsverfahren den Anschein eines eher volatilen Regulierungssystems und weckt bei vielen Transportkunden aus dem europäischen Ausland, die schon allein aufgrund des bislang ausschließlich auf Deutsch geführten Verfahrens nicht immer voll im Bilde sind, Zweifel an der Stabilität des deutschen Regulierungsrahmens.

Im Besonderen führen BEATE und HoKoWä in enger zeitlicher Nähe zu mitunter deutlichen Sprüngen bei den anwendbaren Entgelten. Stabile Entgelte sind jedoch für Gasmarktakteure eine wichtige Voraussetzung zur Positionierung in Import, Handel und Vertrieb. Die mit der Einführung einer horizontalen Kostenwälzung einhergehenden Prognoseunsicherheiten insbesondere in den ersten Jahren dürften zu weiteren unvorhersehbaren Auf- und Abbewegungen bei den Tarifen führen. Es mag sein, dass sich die Tarife auf lange Sicht wieder stabilisieren. Entsprechende Untersuchungen hat die BNetzA unseres Wissens nach jedoch zumindest bisher nicht durchgeführt. Deutlich länger dürfte es dauern, bis das Vertrauen des Marktes in die Stabilität des Regulierungssystems und der Tarife wieder hergestellt ist. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED] Dies zeigt die große Verunsicherung der Kunden im Markt.

In der Konsequenz werden die Marktteilnehmer höhere Risikozuschläge berücksichtigen, der Handelsmarkt wird schrumpfen und die Kapazitätsbuchungen gehen zurück.

12.

13. Unverhältnismäßiges Auslastungsrisiko für die in Umsetzung befindliche neuen Kapazitäten der Fluxys TENP

Der durch den Festlegungsentwurf vorgesehen identische Einspeisetarif je Marktgebiet liegt oberhalb des Einspeisetarifs, der bisher – im Reverse Flow Projekt – aufgrund der individuellen Projektkosten von Fluxys TENP erwartet wurde.

Das Projekt zur Reversierung der physischen Flüsse an der deutsch-schweizerischen Grenze wird durch das vorgeschlagene Regime erheblich beeinträchtigt. Somit wirkt die Festlegung auch gegen die der Beschlusskammer bekannten deutschen und europäischen Ziele des Projektes.¹

Da die Einspeisebuchungen im internationalen Transitwettbewerb insbesondere von den Spreads zwischen den Märkten abhängen und die Nachfragekurven sehr preiselastisch sind, führt ein in Wallbach

¹ Die Wichtigkeit des Projektes für die europäische Versorgungssicherheit und die Umsetzung des europäischen Gas Target Model 2.0 wird nicht zuletzt durch den zweimalig erreichten Status als „Project of Common Interest“ sowie die hohe Förderung durch die Europäische Kommission betont. Die Bedeutung des Projektes für Deutschland wird durch die Genehmigung innerhalb des Netzentwicklungsplans 2015 deutlich.

zukünftig höherer anzuwendender identischer Einspeisetarif zu geringeren Einspeisebuchungen und gleichzeitig zu geringeren Deckungsbeiträgen an der Erlösbergrenze von Fluxys TENP bzw. des Marktgebietes; längerfristig werden die innerdeutschen Ausspeisetarife dadurch wieder steigen.

14. Unverhältnismäßiges Prognose- bzw. Liquiditätsrisiko für Fernleitungsnetzbetreiber

Der 2. Festlegungsentwurf sieht hinsichtlich der mit dem Tenor zu 3. vorgegebenen horizontalen Kostenwälzung vor, dass die von bestimmten Fernleitungsnetzbetreibern an andere Fernleitungsnetzbetreiber zu leistenden Beträge nicht auf Basis der tatsächlichen Erlössituation ermittelt werden. Stattdessen werden die entsprechenden Beträge jeweils vorab für ein gesamtes Kalenderjahr auf Basis der von den Fernleitungsnetzbetreibern prognostizierten Ein- und Ausspeisekapazitätsbuchungen bestimmt (wobei eine monatliche Ausschüttung vorgesehen ist).

Sind die tatsächlichen Einspeisekapazitätsbuchungen geringer als die Prognose, muss ein zur Zahlung verpflichteter Fernleitungsnetzbetreiber mithin Zahlungen leisten, obwohl er die prognostizierten Einnahmen noch gar nicht erzielt hat. Hieraus ergibt sich für Fluxys TENP ein Liquiditätsrisiko von [REDACTED] der Erlösbergrenze.

Grundsätzlich besteht das aus systembedingt inakkuraten Prognosen resultierende Liquiditätsrisiko auch im heutigen System.

Im zukünftigen System können Abweichung zwischen Kapazitätsprognose und tatsächlicher Buchungssituation insbesondere in den ersten Jahren der HoKoWä-Anwendung deutlich höher als gewohnt ausfallen:

1. Zum Zeitpunkt der Kapazitätsprognose ist der einheitliche Einspeisetarif noch nicht bekannt. Das heißt, selbst bei perfekter Voraussicht der Zahlungsbereitschaft sowie der Kapazitätsbedarfe der Transportkunden ist keine akkurate Prognose möglich.
2. Zum Zeitpunkt der Prognose (für das Folgejahr) sind auch die Auslastung und die Einnahmen des laufenden Jahrs noch nicht bekannt. Angesichts der in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Bedeutung von kurzfristigen

Kapazitätsbuchungen, lassen sich also zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung für das Folgejahr noch nicht einmal belastbare Zahlen für das laufende Jahr erstellen. Damit geht einher, dass der Stand des Regulierungskontos zum Jahresende als Eingangsgröße für die Bemessung des auf die Einspeiseseite entfallenden Anteils der Erlösobergrenze ebenfalls noch nicht bekannt ist.²

Hinsichtlich des Kalenderjahrs der erstmaligen Anwendung des Einheitstarifs (aufgrund der vollständigen Durchbrechung der bisherigen Tariflandschaft) kann kaum belastbar prognostiziert werden, wie sich die Buchungssituation darstellen wird. Zwar werden entsprechende Fehlbeträge über das Regulierungskonto ausgeglichen. Es besteht jedoch das Risiko einer ganz erheblichen Liquiditätslücke, welche in Anbetracht der monatlich auf Basis der Planwerte auszuschüttenden Beträge im Fall der Fluxys TENP einen existenzbedrohenden Charakter haben kann.

Die sich aus der Abwälzung des Prognoserisikos auf die Fernleitungsnetzbetreiber ergebenden Liquiditätsrisiken passen zudem in keiner Weise zu dem in den letzten Jahren von der Beschlusskammer vertretenen Vorgehen hinsichtlich der Höhe des zulässigen Umlaufvermögens. Angesichts der auf einzelne Fernleitungsnetzbetreiber zukommenden Liquiditätsrisiken ist es geradezu geboten, hohe und nach bisheriger Maßgabe als ineffizient geltende Liquiditätspositionen aufzubauen.

Die Vorgabe des Tenors zu 3. ist damit nicht mehr im Rechtssinne verhältnismäßig und daher als rechtswidrig abzulehnen

15. Erstellung der Tarifberechnungen

Der Festlegungsentwurf weist die Verantwortung für die Berechnung des gemeinsamen Einspeisetarifs zunächst dem Marktgebietsverantwortlichen zu. Sollten sich die Fernleitungsnetzbetreiber darauf einigen, ist auch die Berechnung durch einen der Fernleitungsnetzbetreiber oder eine dritte Partei zulässig. Sofern an der Festlegung festgehalten wird, möchte wir die

² Unter Annahme der Einführung der periodenübergreifenden Saldierung gemäß des aktuellen Entwurfes der ARegV-Novelle.

Beschlusskammer auffordern, diese Berechnungen als Behörde selbst durchzuführen, dabei jedoch die Flexibilität zu erhalten, dass - falls sich die Fernleitungsnetzbetreiber auf eine andere Partei einigen sollten - die Berechnungen auch von dieser Partei durchgeführt werden können.

16. Nicht hinreichende Umsetzungsfrist

Die Vorgaben gemäß Tenor zu 2. und Tenor zu 3. sollen gemäß Tenor zu 1. des 2. Festlegungsentwurfs bereits zum 01.01.2017 umgesetzt werden. Dies bedeutet, wie auch die Beschlusskammer auf S. 12 des 2. Festlegungsentwurfs ausführt, dass die ersten Umsetzungsschritte gemäß des Tenors zu 3. erstmals ab dem 01.09.2016 durchzuführen sind.

Tatsächlich sind jedoch wesentliche vorherige Umsetzungsschritte erforderlich. Insbesondere müssen die Fernleitungsnetzbetreiber eines Marktgebiets bestimmen, ob der Marktgebietsverantwortliche oder einer der Fernleitungsnetzbetreiber (und wenn letzteres der Fall, welcher) der für die Koordination der Kostenwälzung Verantwortliche sein soll. In jedem Fall ist der Abschluss entsprechender multilateraler Verträge zwischen den Parteien erforderlich.

Das hiesige Anhörungsverfahren läuft bis zum 15. April 2016. Wie von der Beschlusskammer selbst ausgeführt, wird die Festlegung erst im Mai oder Juni 2016 beschlossen werden. Da nicht auszuschließen ist, dass weitere Änderungen am Festlegungsentwurf vorgenommen werden und die Unsicherheit daher hoch ist, erscheint es zudem nicht effizient, vorbereitende Maßnahmen schon jetzt einzuleiten. Gleichzeitig erscheint damit jedoch das verbleibende Zeitfenster als zu gering, um die Vorgaben fristgemäß umzusetzen.

Zudem ist der derzeitige Festlegungsentwurf ein solch fundamentaler Eingriff in die Marktmechanismen und Zusammenarbeit der Marktgebietskooperation, dass das gesamte zu Grunde liegende MGKO-Vertragswerk auf den Prüfstand zu stellen ist und notwendige Anpassungen verhandelt werden müssen.

Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs halten wir außerdem eine Umsetzung zeitgleich zu den Vorschriften des Network Code Tariffs für angemessen.

Abschließend möchten wir uns dafür aussprechen, dass - auch wenn wir die mit der Festlegung beabsichtigte Einführung eines Einheitsentgeltes für Einspeisepunkte ablehnen - die Vorschrift des kapazitätsgewichteten Entry/Exit-Splits gemäß Tenor 2 der Festlegung beibehalten wird, sofern es zu einer Umsetzung des Festlegungsentwurfes kommen sollte.

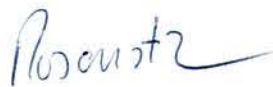
Wir möchten Sie bitten, unsere Anmerkungen in den Konsultationsprozess einzubeziehen und bei der weiteren Erstellung des geplanten Beschlusses zu berücksichtigen.

Außerdem möchten wir ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir - sofern der vorgelegte 2. Festlegungsentwurf nicht grundlegende Änderungen erfährt - die Einlegung einer Beschwerde gegen die endgültige Festlegung prüfen werden.

Für weitere Gespräche und Diskussionen stehen wir gerne zur Verfügung.

Wir möchten darauf hinweisen, dass das vorliegende Schreiben Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält. Wir werden Ihnen eine um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bereinigte Version kurzfristig zur Verfügung stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Friedrich Rosenstock



Dr. Peter Drasdo